

FDP Rödermark

## **KREISUMLAGE ERHÖHT – GRUNDSTEUERERHÖHUNG JETZT AUCH IN RÖDERMARK?**

14.04.2025

---

### **FDP BEFÜRCHTET: DIE BÜRGER MÜSSEN DIE BITTERE SUPPE AUSLÖFFELN**

Der Kreistag hat in seiner letzten öffentlichen Sitzung mit den Stimmen von CDU, SPD und AfD eine deutliche Erhöhung der Kreisumlage beschlossen. Gründe dafür sind unter anderem stetig steigende Kosten beim Landeswohlfahrtsverband, beim Bürgergeld, bei der Flüchtlingsunterbringung und beim Hopper. Die Kreisumlage ist von allen 13 Kommunen im Kreis Offenbach jährlich an den Kreis zu bezahlen. Für die Stadt Rödermark bedeutet diese Erhöhung der Kreisumlage eine finanzielle Mehrbelastung im laufenden Haushaltsjahr 2025 von rund 1,9 Millionen Euro. Steigende Kosten, sinkende Einnahmen – fast alle Kommunen in Deutschland haben damit zu kämpfen egal, wo man im Moment hinhört. Auch in Rödermark sieht es nicht besser aus.

Die FDP hat mit Blick auf den unsoliden städtischen Haushalt schon im zurückliegenden Bürgermeisterwahlkampf für 2025 ein Defizit in Höhe von 8 bis 9 Millionen Euro prognostiziert. Es gibt aktuell keinerlei Anzeichen dafür, dass diese Prognose nicht eintreten wird. Die Spatzen müssen es also erst gar nicht vom Dach pfeifen – aufgrund der desolaten Wirtschaftslage in Deutschland und der beschlossenen Erhöhung der Kreisumlage ist ganz klar vorhersehbar, dass eine erhebliche und zugleich rückwirkende Erhöhung der Grundsteuer in Rödermark auf die Bürger/-innen zukommt.

Immer höhere vorgegebene Standards und immer mehr Verpflichtungen für die Kommunen durch politische Entscheidungen in Bund und Land sind sicherlich und unstrittig ein wesentlicher Grund für das erschreckend hohe Defizit im Rödermärker Haushalt. Doch wer deshalb nur auf die Bundes- und Landespolitik schimpft, macht es

sich zu einfach. Aus Sicht der FDP ist in Rödermark ein ganz erheblicher Teil des Problems nämlich hausgemacht.

Eine strategische Gebietsentwicklung findet in Rödermark seit Jahren augenscheinlich nicht statt. Dies zeigt sich zum Beispiel am nicht umgesetzten Stadtverordnetenbeschluss der Prüfung eines Gewerbegebiets nördlich der Germania, der ausgesetzten Entwicklung eines urbanen Gebiets zwischen Rodastraße und Dreieichbahn und aktuell in der angezogenen Handbremse bezüglich einer möglichen und für die Energiewende notwendigen Entwicklung rund um das Umspannwerk in Urberach. Dies ist umso enttäuschender, wenn man bedenkt, dass der CDU-Fraktionsvorsitzende vor der letzten Kommunalwahl zur Flächenpolitik vollmundig in der Presse erklärt hat: „Wir haben zehn Jahre lang nichts gemacht und nichts ist zu wenig. Es reicht nicht, sich von Hemmnis zu Hemmnis zu hangeln. Wir müssen uns künftig besser anstrengen und bei diesem Thema mehr Mumm zeigen.“ Von diesem „Mumm“ der CDU bei der Flächenpolitik ist im Koalitionsalltag mit AL/Grüne in den Jahren seit der letzten Kommunalwahl 2021 leider fast nichts übriggeblieben.

Gebietsentwicklung ist das eine, Verringerung von städtischen Ausgaben ist das andere. Zur Vermeidung von (Grund-)Steuererhöhungen für die Bürgerinnen und Bürger erwartet die FDP auch klare Einsparungen im städtischen Haushalt. Sowohl die Ausgaben für Personal als auch bei den Investitionen gehören komplett auf den Prüfstand. Hierzu sieht die FDP bei den Verantwortlichen der Stadt keinen echten Sparwillen. So hat beispielsweise die von der Stadtverordnetenversammlung beschlossene halbjährige Wiederbesetzungssperre bei Personalfloktuation bislang fast keinerlei Wirkung gezeigt, weil der Magistrat bei jeder Stelle immer mehr oder weniger gute Gründe dafür findet, diese augenblicklich doch neu auszuschreiben. Die Förderprogramme von Land und Bund sind eine einmalige Gelegenheit zur Stadtverschönerung. Leider sind die Maßnahmen durch die Fördermechanismen mit irrsinnigen Planungskosten verbunden. Keine Privatperson würde diese Investitionen tätigen, wenn sie kein Geld dafür hat. Allein die Maßnahmen Grünzug an der Rodau, Umgestaltung Kirchgarten und Parkplatz Glockengasse in Ober-Roden werden zwischen 1,7 und 2 Millionen € verschlingen. 2/3 davon mögen Fördergelder sein, aber am Ende sind auch das die Steuergelder der Bürgerinnen und Bürger.

Vielfach wird gesagt und behauptet, dass der finanzielle Spielraum einer Stadt durch

äußere Faktoren sehr stark eingeschränkt ist. Schuld dafür seien die übergeordneten politischen Ebenen – also Beschlüsse im Kreistag, im Landtag und im Bundestag. Aber wer sitzt denn im Kreistag, im Landtag und im Bundestag und fällt eben diese Beschlüsse? Es sind genau die Politikerinnen und Politiker der Parteien, deren Bürgermeister sich jetzt in den Kommunen lautstark über die mangelnde Finanzierung der Kommunen beschweren. Verzeihung, aber das ist doch wirklich eine kritikwürdige Doppelmoral.

Es grenzt mittlerweile schon an einen schlechten Witz, wenn Gelder für dringend benötigte Infrastrukturmaßnahmen im Bundestag beschlossen werden (Thema: Sondervermögen) und Bürgermeister und Landkreise diese nun zum Ausgleich Ihrer Haushalte verwenden wollen. Nach dem Motto: Dann sind wir schuldenfrei und machen weiter wie vorher. Der FDP-Vorsitzende Hans Gensert kommentiert dazu: „Es nicht vertretbar, einfach weiter die Steuern zu erhöhen. Schon jetzt sind die Grundsteuern am Rande der Belastbarkeit für die Bürger und Bürgerinnen.“

Weitere Anstiege in den kommenden Jahren sind bei einem „Weiter so“ unvermeidlich. Ein echter Sparwillen ist nicht erkennbar. Im Gegenteil, wer nach Sondervermögen (heißt: Schulden für nie nächsten Generationen) ruft und nur den Bürger mit höheren Steuern belasten möchte, zeigt ganz klar, dass er die Zeichen der Zeit nicht erkannt hat“.

Ergänzend dazu bringt es der FDP-Haushaltsexperte Dr. Rüdiger Werner abschließend auf den Punkt: „Die FDP fordert den Magistrat auf, verschiedene Sparvorschläge – und wenn sie noch so weh tun – vorzulegen und nicht einfach konzeptlos nur Steuern zu erhöhen. Sämtliche denkbaren Ausgaben und Rationalisierungsmöglichkeiten gehören ohne jede Denkverbote auf dem Prüfstand. Dazu gehören zum Beispiel auch die Einhaltung der Wiederbesetzungssperre und ein Zurückstellen bzw. Streichen von Projekten aus den Förderprogrammen. Ein „weiter so“ kann und darf es in dieser Situation nicht geben“.